

Versprochen.
Gehalten!

www.berlin.de/100Tage

100 Tage

Erste Bilanz des Senats

Gemeinsam ist der Senat in 100 Tagen mit 60 Projekten gestartet

1. Im Bundesrat initiativ und erfolgreich

>> Beim Ringen um die neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 konnte sich der rot-rot-grüne Senat mit seinen Forderungen durchsetzen: So bleibt die Gewichtung der Einwohnerinnen und Einwohner für den Länderfinanzausgleich unverändert berücksichtigt, die Autobahnen werden vom Bund verwaltet und der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende wird ausgeweitet. Der Beschluss erfolgt im Juni.



2. Zukunftslabor: Berlin wird digitale Hauptstadt

>> Der Senat hat das Konzept für das Berliner CityLAB beschlossen. Mit dem CityLAB richtet Berlin einen Ort ein, an dem die Stadtgesellschaft gemeinsam mit Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft an konkreten Lösungen für die Herausforderungen der wachsenden und smarten Stadt arbeitet.



3. Berlin zukunftsfähig machen: der neue SKIP

>> Der Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) wurde weiterentwickelt. So verknüpft der Senat die Förderung des Industriestandortes Berlin mit den Herausforderungen im digitalen Zeitalter.



4. Die Städtepartnerschaft mit Moskau erhält neuen Schwung

>> Berlins Städtepartnerschaften bauen Brücken, gerade in schwierigen Zeiten. Michael Müller unterzeichnete im Rahmen seiner dreitägigen Moskaureise gemeinsam mit dem Moskauer Oberbürgermeister Sergej Sobjanin ein Memorandum zur Zukunft der Partnerschaft. Der Regierende Bürgermeister eröffnete die „Berliner Filmtage in Moskau“, traf sich mit sozialen Unternehmen und auch mit Vertretern der Opposition.



5. Berlin als führenden Gesundheitsstandort ausbauen

>> Der Senat will die European Medicines Agency (EMA) in Berlin ansiedeln – ein weiterer wichtiger Schritt für den Gesundheitsstandort Berlin. Die Bewerbungsinitiative bei der EU ist gestartet. Die Bewerbungsbroschüre ist fertiggestellt und Unterstützung für die Bewerbung Berlins als künftiger EMA-Standort eingeworben.



umgesetzt



fast geschafft

6. Gute Verträge mit Berlins Hochschulen

>> Der Senat hat im März die Finanzierung der elf Berliner Hochschulen für die kommenden fünf Jahre unter Dach und Fach gebracht. Mit einer deutlichen Anhebung der Mittel um 3,5 Prozent jährlich können die Hochschulen mehr Personal dauerhaft statt prekär beschäftigen und mehr Studienplätze bereitstellen.



7. Verlässliche wissenschaftliche Laufbahnen an Hochschulen

>> Die Laufbahn von Wissenschaftlern an Hochschulen ist von Unsicherheiten und Zukunftsrisiken geprägt. Der Senat verbessert zusammen mit den Hochschulen die Vereinbarkeit wissenschaftlicher Karrieren mit dem familiären Leben und stärkt die sichere Laufbahn angehender Professorinnen und Professoren (Tenure Track). Die Änderung des Berliner Hochschulgesetzes ist beschlossen.



8. Das Deutsche Internet-Institut soll nach Berlin kommen

>> Berlin als Zukunftsstandort fördert die Erforschung des digitalen Wandels und seiner Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Der Senat und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung haben deshalb einen entsprechenden Antrag beim Bund eingereicht, das geplante Deutsche Internet-Institut in Berlin anzusiedeln.



9. Berlin gründet das Institut für islamische Theologie

>> Der Senat schafft ein Institut für islamische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die finanziellen, organisatorischen und personellen Weichen dafür sind gestellt. Ende März ernannte Michael Müller den Historiker Michael Borgolte zum Gründungsdirektor. Im Wintersemester 2018/2019 geht es los.



10. Einstein Center Digital Future in Berlin eröffnet

>> Berlin forscht in die Zukunft und hat mit dem Einstein Center Digital Future und dem Fraunhofer Leistungszentrum Digitale Vernetzung zwei Forschungszentren zum digitalen Wandel eröffnet. Mit der Erforschung und Förderung digitaler Strukturen in allen Lebensbereichen stärkt Berlin seine Stellung als digitale Hauptstadt.



umgesetzt



fast geschafft

11. Qualitätsoffensive für bessere Bildung

>> Zum Frühlingsbeginn ist der Startschuss zur Stärkung der Schulen gefallen. Zur geplanten Qualitätsoffensive gehören die bessere Begabungsförderung, die datenbasierte Weiterentwicklung des Unterrichts und der verstärkte Einsatz von Fachcoaches zur Unterstützung der Lehrkräfte.



12. Bessere Bezahlung von Grundschullehrer*innen

>> Gute Bildung braucht qualifizierte Fachkräfte. Ein Gesetzentwurf des Senats zur besseren Bezahlung von Grundschullehrkräften liegt jetzt dem Parlament vor. Schon jetzt nimmt eine Servicestelle für Lehrerinnen und Lehrer, die aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Berlin kommen, ihre Arbeit auf.



13. 200-Millionen-Schulsanierungsprogramm nimmt Fahrt auf

>> Gute Bildung braucht vernünftige Räume. 200 Millionen Euro stehen jetzt bereit, mit denen Schulen gebaut und saniert werden können. Der Bedarf und die Standorte für Neubauten stehen fest. Die Verbesserung der räumlichen Ausstattung in Schulen sowie der Kita-Ausbau haben bereits begonnen.



14. Prävention von Kinderarmut strukturell gestärkt

>> Berliner Familien mit Kindern werden künftig besser unterstützt und gefördert. Dazu wurde ein Familienreferat in der Bildungsverwaltung eingerichtet. Zur Prävention von Familien- und Kinderarmut ist eine ressortübergreifende Landeskommision eingesetzt worden. Die Geschäftsstelle arbeitet bereits.



15. Rechtsanspruch auf Betreuung wird ausgeweitet

>> Berlin verbessert die Kita-Qualität und erhöht dadurch die Flexibilität für Familien. Der Zeitplan für die Änderung des Kita-Förderungsgesetzes steht. Der Rechtsanspruch soll auf sieben Stunden Betreuung für Null- bis Dreijährige ausgeweitet werden. Die Arbeit des Mobilen Kinderbetreuungsservices wurde ausgewertet und die Zwischenbilanz veröffentlicht.



umgesetzt



fast geschafft

16. Berlin legt Geld nur klimafreundlich und nachhaltig an

>> Berlin legt künftig kein Geld mehr bei Betrieben an, die klimaschädliche Energieerzeugung betreiben, Kinderarbeit zulassen oder Militärwaffen entwickeln. Der Senat stellt derzeit einen Aktienindex mit klimafreundlichen und nachhaltigen Betrieben zusammen, bei denen das Land Gelder aus seiner Versorgungsrücklage für Pensionszahlungen anlegt.



17. Senatsstrategie zu Grundstücksankäufen ist beschlossen

>> Die Konzeption für die Nutzung von Vorkaufsrechten und strategischen Ankäufen ist erarbeitet und vom Senat beschlossen worden. Die gemeinsamen Ergebnisse von Finanz- und Stadtentwicklungsverwaltung und den Bezirken werden dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Das wird für Entlastung auf dem Wohnungsmarkt sorgen und Spekulation begrenzen.



18. Zuzug muss sich lohnen

>> Der Senat hat die Gesetzesvorlage zur Erhöhung der Zweitwohnungsteuer von 5 auf 15 Prozent beschlossen. Damit wird ein Anreiz geschaffen, sich mit dem Erstwohnsitz in Berlin anzumelden. Wer hier lebt, soll auch zur Finanzierung der Infrastruktur, die er nutzt, beitragen. Zusätzlich erhält Berlin dann mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich, was ebenfalls dem Erhalt der Infrastruktur dient.



19. Bessere Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken

>> Wichtige Themen wie der Radverkehr, die Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen sowie der Schulneubau und die Schulsanierung sind für den Senat Leitprojekte. Dazu wurden Projektstrukturen erfolgreich aufgebaut, die die Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken verbessern. Die Bezirke erhalten dafür mehr Personal.



20. Landesweite Stellenbörse vor dem Start

>> Berlin braucht für die anstehenden Aufgaben viele qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sorgt deshalb für eine schnellere Besetzung freier Stellen im öffentlichen Dienst. Die Online-Bewerbung ist jetzt Standardverfahren für landesweite Ausschreibungen und die landesweite Stellenbörse steht in den Startlöchern.



umgesetzt



fast geschafft

21. Auf dem Weg zur Bürgerversicherung

>> Eine Bürgerversicherung, die ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Krankenversicherung einbezieht, schafft mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem und einen gerechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle. Deshalb hat der Senat eine entsprechende Bundesratsinitiative beschlossen und bereits in den Bundesrat eingebracht.



22. „Nein heißt Nein“ – Kampagne über neues Sexualstrafrecht

>> „Nein heißt Nein“ – mit dieser Kampagne hat der Senat über das reformierte Sexualstrafrecht informiert. In verschiedenen Sprachen wurde mit Materialien von LARA, der Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen, auf die Strafbarkeit sexueller Gewalt aufmerksam gemacht.



23. Bessere Informationen für Pflegebedürftige und Angehörige

>> Mit mehrsprachigen und barrierefreien Materialien hat der Senat Pflegebedürftige und deren Angehörige über ihre Rechte, über Pflegeleistungen, die Angebote der Pflegestützpunkte und die Pflegehotline informiert. Die Kampagne unterstützt die Betroffenen dabei, passende Hilfsangebote zu finden.



24. Kostenfreies WLAN in Krankenhäusern

>> Der Senat stattet seit Ende März die Berliner Krankenhäuser mit kostenfreiem WLAN aus. Das Projekt ist mit einer Zwei-Millionen-Investition gestartet. Das WLAN in Krankenhäusern ist auch ein Beitrag zur weiteren Digitalisierung in Berlin.



25. Reform des Berliner Kammergesetzes

>> Für die Änderung des Berliner Kammergesetzes liegt ein Entwurf vor, der neben Anpassungen zu den Aufgaben der Kammern auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weiterbildungsrecht berücksichtigt. Der Entwurf wurde mit der Fachöffentlichkeit intensiv abgestimmt.



umgesetzt



fast geschafft

26. Der Senat erhöht die Sicherheit am Alex

>> Um die Sicherheit am Alexanderplatz zu erhöhen, wird eine kombinierte Wache von Berliner Polizei, Ordnungsamt und Bundespolizei eingerichtet. Das Konzept der „Kombiwache“ ist erstellt und zwischen den Beteiligten abgestimmt. Die Beamtinnen und Beamten sind rund um die Uhr ansprechbar und auf dem Alexanderplatz präsent.



27. Polizei und BVG gemeinsam auf Streife

>> Die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs hängt auch davon ab, wie sicher er für die Berlinerinnen und Berliner ist. Deshalb hat der Senat mit der BVG und der Berliner Polizei eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Seit Februar sind Streifen von Polizei und BVG-Sicherheitsdienst wieder an Bahnhöfen und in der U-Bahn gemeinsam unterwegs.



28. Die Verwaltung wird digitalisiert

>> Die Informationstechnik in allen Berliner Verwaltungen soll einheitlich und moderner werden. Ein verwaltungsübergreifender Lenkungsrat nimmt die Umsetzung des E-Government-Gesetzes in die Hand. Das Gremium hat im Februar hierzu seine Arbeit aufgenommen und die Planungen beraten.



29. Bürgerämter in den Bezirken gestärkt

>> Zur Verringerung der Wartezeiten in den Bürgerämtern wurde gemeinsam mit den Bezirken schnell gehandelt. Auf Grundlage der inzwischen deutlich verbesserten Situation werden im Rahmen eines Leitprojekts weitere Schritte unternommen – etwa zum Terminmanagement und zur Reduzierung der Vorgänge, die persönliches Erscheinen erfordern.



30. Der Berliner Sport wird finanziell abgesichert

>> Der Berliner Sport braucht eine verlässliche Finanzierung, die in einer für mehrere Jahre geltenden Vereinbarung abgesichert wird. Der Senat hat dazu die Gespräche mit dem Landessportbund aufgenommen und erfolgreich den Rahmen für die Vertragsgestaltung verabredet.



umgesetzt



fast geschafft

31. Seit März sind alle Turnhallen wieder frei

>> Über 60 Turnhallen der Stadt dienten in den vergangenen anderthalb Jahren Geflüchteten als Notunterkunft. Dank der gemeinsamen Anstrengungen des Senats, der Bezirke, des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten und der vielen Flüchtlingshelferinnen und -helfer konnten die Geflüchteten in andere Unterkünfte ziehen. Alle Turnhallen sind seit März wieder frei.



32. Kältehilfe ausgebaut – mehr Plätze für Obdachlose

>> Durch die gute Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen, den Bezirken und den Senatsverwaltungen hat es Berlin im vergangenen Winter innerhalb weniger Wochen geschafft, 100 zusätzliche Notschlafplätze für die Kältehilfe bereitzustellen. Damit konnte kurzfristig dem erhöhten Bedarf Rechnung getragen werden.



33. Datenbasis zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung

>> Vorrangiges Ziel der Koalition ist es, dass sich Vielfalt auch in Berliner Verwaltungen wiederfindet. Zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung soll der Anteil von Beschäftigten aus Migrationsfamilien entsprechend dem Migrationsanteil der Berliner Bevölkerung erhöht werden. Dazu hat der Senat Gespräche mit dem Hauptpersonalrat aufgenommen und eine Erhebung unter den Beschäftigten vorbereitet.



34. Förderung von digitaler Kompetenz beim digitalen Wandel

>> Der Senat fördert digitale Kompetenzen und damit auch die Teilhabe aller Berlinerinnen und Berliner am digitalen Wandel. Mit der Konferenz „Gute digitale Arbeit in europäischen Metropolen gestalten“ am 17. Mai werden unter anderem Good-Practice-Beispiele diskutiert, um digitale Kompetenzen mit einer guten Aus- und Weiterbildung konkret zu stärken.



35. Migrantische Unternehmen können stärker ausbilden

>> Mit der Ausweitung der Verbundausbildung sorgt der Senat für einen besseren Fachkräftenachwuchs. Dazu wurden die Richtlinien für die Förderung neu gefasst, um unter anderem auch migrantische Unternehmen zu unterstützen, damit diese stärker ausbilden und so auch den Zugang für Geflüchtete zu Ausbildungsplätzen erleichtern.



umgesetzt



fast geschafft

36. Wohnungssuche künftig ohne Diskriminierung

>> Nicht länger soll es etwa vom Namen oder vom Geschlecht des Partners abhängen, ob man in Berlin eine Wohnung bekommt oder nicht. Um Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden, baut der Senat eine Fach- und Koordinationsstelle auf, die im Streitfall eingreift. Das Konzept dafür ist auf den Weg gebracht. Start ist im zweiten Halbjahr 2017.



37. Mit Vertrauensanwalt gegen Korruption aktiv

>> Korruption schadet dem Land Berlin nicht nur finanziell, sie untergräbt auch das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner in die demokratische und rechtsstaatliche Verwaltung. Mit dem neuen unabhängigen Vertrauensanwalt stärkt der Senat die Möglichkeit, anonyme Hinweise in Korruptionsfällen zu geben.



38. Besserer Opferschutz

>> Opfer von Verbrechen müssen oftmals schwere Stunden im Prozess noch einmal durchleben. Der Senat sorgt mit dem Ausführungsgesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren dafür, dass die Opfer dabei besser professionell begleitet werden. Ein entsprechendes Gesetz ist ins Abgeordnetenhaus eingebracht und dort bereits beschlossen worden.



39. Teilzeit für Referendarinnen und Referendare möglich

>> Durch das Engagement Berlins wurde die Mehrheit für eine Bundesratsinitiative für das Teilzeitreferendariat erzielt. Die Doppelbelastung für Referendarinnen und Referendare mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen wird geringer, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufsausbildung erreicht und die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangebracht.



40. Tierschutz wird professionalisiert

>> Ein besserer Tierschutz braucht auch in Berlin einen Menschen, der sich darum Tag für Tag kümmern kann. Deswegen hat der Senat die Kriterien und eine Ausschreibung für die Besetzung eines Tierschutzbeauftragten des Senats auf den Weg gebracht und wird die Stelle schnell besetzen.



umgesetzt



fast geschafft

41. Mehr Vielfalt in der Kultur

>> Kultur lebt von ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit – von ihrer Diversität. Mit der neuen Servicestelle Diversität unterstützt der Senat die Kulturtreibenden und -anbieter, sich bei ihrer Arbeit, Personal- und Publikumsentwicklung noch vielfältiger aufzustellen, und sorgt so dafür, dass sich die Berliner Vielfalt vor und hinter den Kulissen noch besser abbildet.



42. Gute Arbeit in der Kultur

>> Der Senat will, dass der für das Leben und die Wirtschaft der Stadt wichtige Kulturbereich in der Lage ist, gute Arbeit an seinen Einrichtungen auch gut zu bezahlen. Im Nachtragshaushalt 2017 hat der Senat die dafür anstehenden Tarifsteigerungen bei den Kultur-Zuwendungsempfängern abgesichert.



43. EU-Förderung für Berlin sichern

>> Nur durch die Fördermittel der EU können europaweit viele wichtige Projekte finanziert werden – auch in Berlin. Berlin beteiligt sich deshalb an den von der EU-Kommission initiierten Gesprächen zur Förderpolitik nach 2020 und hat dazu ein Eckpunktepapier erstellt.



44. Geschichte der Reformation wird sichtbar

>> Mit einer Open-Air-Ausstellung im Rahmen des Projektes „Das Paradies ist überall“ ist im April das Reformationsjubiläum auch in Berlin gestartet. An über 70 Plätzen in der Stadt wird über die Geschichte der Reformation sowie über weitere Veranstaltungen zum Jubiläum informiert. Weitere Infos gibt es auch unter www.paradiese.berlin.



45. Weltkulturerbe bereichert

>> Die besondere Architektur des Hansaviertels und der Karl-Marx-Allee sind architektonischer und historischer Ausdruck der Teilung im Stadtbild. Mit der Publikation „Karl-Marx-Allee und Interbau 1957“ hat Berlin nun einen weiteren Baustein zur Anmeldung der beiden Baudenkmale zum Weltkulturerbe vorgelegt.



umgesetzt



fast geschafft

46. Stadtentwicklung braucht Bürgerbeteiligung

>> Der Senat will die Bürgerinnen und Bürger stärker an der städtebaulichen Entwicklung ihrer Kieze beteiligen. Dazu wurden nun als erster Schritt Leitlinien für die Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften beschlossen. Ergänzend hat der Senat partizipative Verfahren in der Kooperationsvereinbarung mit den Wohnungsbaugesellschaften festgelegt.



47. Mieterinnen und Mieter besser schützen

>> Der Senat will einen besseren Mieterschutz und hat alles dafür getan, was im Landesrecht möglich ist. Vieles kann aber nur über Bundesrecht verbessert werden. Deswegen hat der Senat zwei Bundesratsinitiativen auf den Weg gebracht, die den Kündigungsschutz bei Mietrückständen verbessern und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschweren sollen.



48. Maßnahmen gegen steigende Mieten

>> Bei rund 50.000 Wohnungen wurden die Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau zum 1. April ausgesetzt. Mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wurde zur Schaffung von mehr sozialem Wohnraum ein Vertrag geschlossen. Der Senat legt ein Gesetz zur Reform des sozialen Wohnungsbaus vor.



49. Mehr bezahlbare Wohnungen auch durch private Bauherren

>> Wer eine Wohnungsbaugenehmigung benötigt, wird mit der kooperativen Baulandentwicklung verpflichtet, auch bezahlbare Wohnungen zu bauen. Der Senat hat die Quote für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum nun auf 30 Prozent der Geschossfläche erhöht. Der neue Begleitkreis zum Stadtentwicklungsplan Wohnen wird darüber hinaus die Entwicklung der Stadt aktiv unterstützen.



50. Geflüchtete in alle Kieze integrieren

>> Berlin will auch Geflüchteten die Chance geben, überall in Berlin eine eigene bezahlbare Wohnung zu mieten. Der Senat ermöglicht den Zugang zu mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsangeboten. Deshalb sollen zunächst Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis in ganz Berlin einen Wohnberechtigungsschein erhalten können.



umgesetzt



fast geschafft

51. Mobilität muss nachhaltig sein

>> Berlin ist auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität. Zusammen mit dem Volksentscheid Fahrrad und weiteren Verbänden hat der Senat mit den Eckpunkten für das neue Radverkehrsgesetz den ersten Baustein für nachhaltigere Mobilität geliefert. Auch das Bündnis für Radverkehr mit Bezirken, S-Bahn, BVG und Leitungsbetrieben nimmt Gestalt an.



52. Verkehrssicherer Umbau von Kreuzungen gestartet

>> Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, Mobilität in Berlin sicherer, gesünder und verlässlicher zu machen. In den ersten 100 Tagen wurde bereits mit dem Umbau der Kreuzungen Tempelhofer Damm/Ausfahrt AS Tempelhofer Damm (Ost), Wolfensteindamm/Birkbuschstraße sowie Nonnendammallee/Otternbuchtstraße/Paulsternstraße begonnen.



53. Für ein besseres Klima

>> Wir alle wissen: Die Berliner Luft muss sauberer werden. Der Senat geht mit gutem Beispiel voran. Er arbeitet an einem Konzept zur Umstellung der Dienstfahrzeugflotte auf Hybrid- und Elektro-Fahrzeuge und setzt dabei auch auf Dienstfahrräder und Carsharing. Mit der BVG setzt der Senat außerdem den Einbau von Stickoxidfiltern in Dieselnissen um.



54. Sauberes Wasser für Berlin

>> Der Senat wird die Versorgung mit sauberem Trinkwasser für die wachsende Stadt gewährleisten. Deswegen wurde das Wasserversorgungskonzept der Berliner Wasserbetriebe aktualisiert, um künftig auch bei höherem Bedarf die Versorgungssicherheit und Qualität zu gewährleisten.



55. Mehr Klimaschutz – weniger CO₂-Ausstoß

>> Mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm und dem Energiewendegesetz sollen effektive Maßnahmen für mehr Klimaschutz festgeschrieben werden, um Berlin perspektivisch klimaneutral zu machen. Außerdem hat der Senat damit begonnen, 1.860 Straßenleuchten gegen elektrisch betriebene LED-Leuchten auszutauschen, und spart so ca. 2.000 Tonnen CO₂ pro Jahr.



umgesetzt



fast geschafft

56. Verwaltung wird transparenter

>> Dem Senat ist mehr Transparenz wichtig und zur Stärkung dieser werden die Instrumente zur öffentlichen Information über Verwaltungshandeln weiterentwickelt. Dazu erörtert der Senat ein Eckpunktepapier für eine Open-Data-Rechtsverordnung. Zur Begleitung dieses Prozesses fand im Februar eine erste Feedbackdiskussion mit der Community statt.



57. Berliner Stadtwerk deutlich gestärkt

>> Der Senat baut das Berliner Stadtwerk zu einem großen kommunalen Versorger um, der auch mit Ökostrom handelt. Bestehende gesetzliche Beschränkungen für eine unternehmerische Tätigkeit wurden zu diesem Zweck aufgehoben. Nun wird der Senat mit externer Beratung schleunigst ein Umsetzungskonzept erstellen, um endlich dezentrale Energie ans Netz zu bringen.



58. Sozialticket kostet künftig 8,50 Euro weniger

>> Das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr wird deutlich günstiger. Ab 1. Juli 2017 wird das Sozialticket in Anlehnung an den SGB-II-Regelbedarf in Berlin 27,50 Euro kosten, das sind 8,50 Euro weniger als bislang.



59. Mehr Service – Anliegen individuell und online klären

>> Künftig sollen Vorgänge, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung wenden, von der Antragstellung bis zur Zusendung eines Bescheides online abgewickelt werden können. Ziel ist ein individuelles Servicekonto für jede und für jeden. Ein erster Schritt wurde mit dem Online-Dienst für Gewerbemeldungen gegangen.



60. Mehr Engagement für den Campus Buch

>> Um die Zukunftsfähigkeit des Campus Buch als moderner Wissenschafts-, Gesundheits- und Biotechnologiepark zu sichern, will der Senat die Gesellschaftsstruktur der BBB Management GmbH ändern und das Land Berlin als Gesellschafter beteiligen. Nun wird die vom Senat beschlossene Prüfung der erforderlichen Schritte aufgenommen.



umgesetzt



fast geschafft

www.berlin.de/100Tage



Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Berliner Rathaus, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin
presse-information@senatskanzlei.berlin.de
www.berlin.de

© 4/2017

Dieses Material ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Es ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht für Werbung für politische Parteien verwendet werden.